

Aufbruch für Klimaschutz – Kohleausstieg jetzt!

Das Jahr 2018 zeigt mit seiner extremen Trockenheit einmal mehr die dramatischen Folgen des Klimawandels, auch für Deutschland: Ernteauffälle in Milliardenhöhe, großflächige Langfristschäden in den Wäldern, Zunahme von Starkregenereignissen oder Minimalwasserstände an den Flüssen. Weltweit sind die Folgen noch dramatischer, wie die Brände in Kalifornien und andere Extremereignisse, insbesondere in Ländern des Südens, zeigen.

Umso erschreckender empfinden wir die Blockade weiterer Teile der Bundesregierung gegen kurzfristige Maßnahmen zur Umsetzung der Pariser-Klimaziele. Diese sind völkerrechtlich verbindlich und zielen darauf ab, eine Erwärmung von über 1,5 Grad zu verhindern. Die Höchstmenge an CO₂, die die Atmosphäre noch aufnehmen kann, damit 1,5 Grad nicht überschritten werden, ist bald erreicht. Die Erde erwärmt sich durch unsere ausbeuterische Wirtschafts- und Lebensweise weiter um 0,1 Grad alle drei Jahre.

Der BUND fordert daher von der Bundesregierung:

- Die zügige gesetzliche Umsetzung des Kohleausstiegs im Einklang mit den Pariser Klimazielen.
- Sofortmaßnahmen, um die CO₂-Emissionen – auch durch die Abschaltung und Reduktion von Kohlekraftwerkskapazitäten – kurzfristig so zu reduzieren, dass die Klimaziele der Bundesregierung für 2020 ohne weitere Verzögerung erreicht werden.
- Die Einhaltung des europäisch verbindlichen Klimazieles für 2030 durch die schrittweise Abschaltung von Kohlekraftwerken, eine konsequente Agrar- und Verkehrswende, die deutliche Ausweitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Förderung einer Suffizienzpolitik sowie deutlich schnelleren, möglichst dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien.
- Den Erhalt des heutigen Gebietes des Hambacher Waldes sowie der von Abbaggerung bedrohten Dörfer in Ost und West – die entsprechende Verkleinerung der bestehenden Tagebaue, sowie keine Inbetriebnahme neuer Kohlekraftwerke.
- Einen sozial gerechten Übergang für die Beschäftigten und die langfristige Unterstützung des Strukturwandels in den Kohleregionen, um dort nachhaltige Zukunftsregionen der Energiewende zu entwickeln.
- Die Verschärfung der nationalen und europäischen Klimaziele in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens und die Umsetzung in einem Klimaschutzgesetz, das die erforderlichen Maßnahmen rechtsverbindlich festlegt. In diesem müssen Überprüfungsmodalitäten verankert werden, die eine nachträgliche Verschärfung der Maßnahmen möglich machen.
- Es sollte eine zusätzliche, ausreichend hohe und dann ansteigende CO₂-Bepreisung erhoben werden, um die nachgeschärften Klimaziele zu erreichen.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energieformen muss rasch und entschlossen erfolgen.

Wir fordern unsere Bürger*innen auf, den Kohleausstieg nach ihren Möglichkeiten auch selbst zu vollziehen und diesen von ihren Regierungen (Gemeinde, Bund, Land) einzufordern.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Beschlissen am 18. November 2018 in Bad Hersfeld.